

Widersprüche

Politisches Reden und
Handeln in Sachen
Arbeitslosigkeit

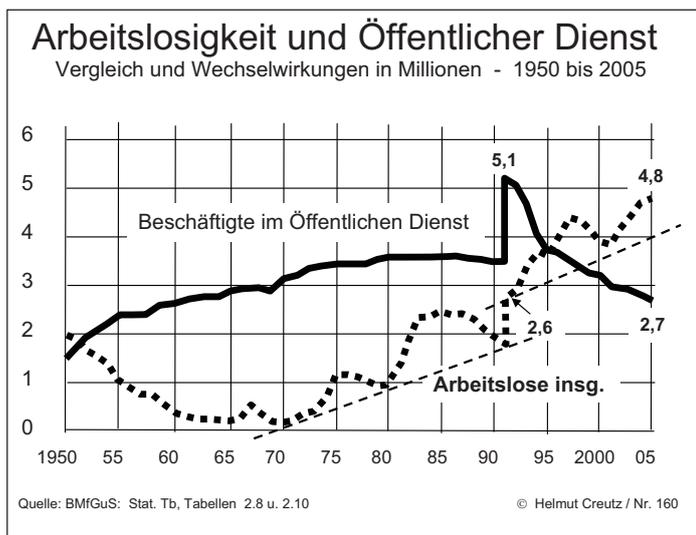
Von HELMUT CREUTZ



Zunehmend hört man von den Politikern Widersprüchliches. Da ruft man die Bürger zu vermehrten Konsumausgaben auf, gleichzeitig zur Erhöhung der Alters-Rücklagen. Da werden ältere Arbeitnehmer immer früher entlassen, gleichzeitig das Renten-Eintrittsalter erhöht. Da wird über fehlende Arbeitsplätze geklagt, gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeiten gefordert, usw. » » »

Sogar in ihrem eigenen Verantwortungsbereich widersprechen die Politiker vielfach ihren lautstark vertretenen Forderungen. Und das nicht nur im Hinblick auf die eigenen lukrativen Frührenten und Rentenhöhen, sondern auch auf ihre Appelle an Dritte. Denn während man die Unternehmer zu mehr Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufruft, wird im öffentlichen Bereich beides radikal herunter gefahren. So hat man z. B. die Investitionsausgaben, gemessen an den Steuereinnahmen, seit 1965 auf ein Drittel zurückgeschraubt, mit der Folge entsprechender Auftrags-Rückgänge und Beschäftigungen in der Wirtschaft!

Noch gravierender als diese indirekten Beschäftigungsrückgänge, sind die von der Politik zu verantwortenden direkten Stellenabbauten im öffentlichen Bereich. Wie aus der **Darstellung 01** ersichtlich, wurde die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst seit 1991 von 5,1 auf 2,7 Millionen und damit fast auf die Hälfte reduziert! Den viel beklagten Anstieg der gesamten Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit von 2,8 auf 4,8 Millionen, kann man also rechnerisch in voller Höhe den staatlichen Arbeitsplatz-Abbauten anlasten!



Darstellung 01

Zweifellos war 1991 die Zahl der öffentlich Beschäftigten, als Folge der Übernahme des aufgeblähten DDR-Staatsapparats, deutlich überhöht. Bezogen auf den Bevölkerungszuwachs wäre nur eine Zunahme auf etwa 4,5 Millionen realistisch gewesen. Außerdem kam es Anfang der 1990er Jahre auch noch zur Ausgliederung von Bahn und Post aus dem Bereich des Öffentlichen Dienstes.

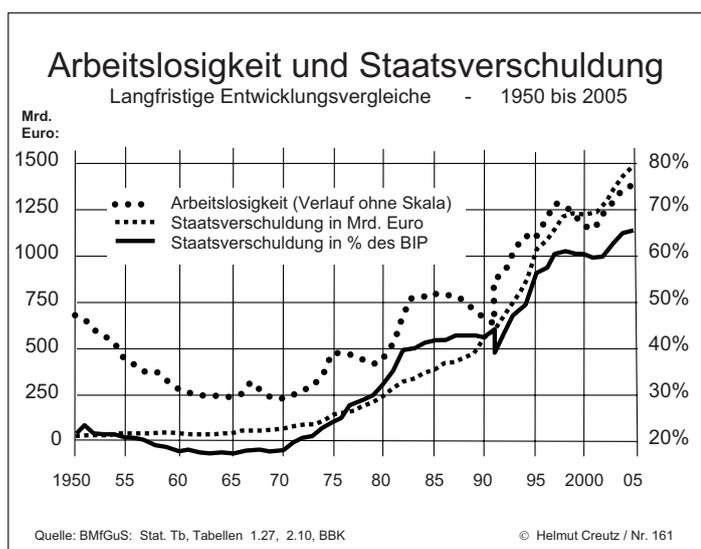
Doch auch wenn man diese Zahlen herausrechnet, geht zumindest der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1995 bis 2005, um eine runde Million, voll zu Lasten der Personal-Reduzierungen in Bund, Ländern und Gemeinden!

Betrachtet man nun die langfristigen Entwicklungen in der Grafik, dann wurde die nach dem Kriege anfangs sehr hohe Arbeitslosigkeit (deren Quote übrigens 1950 mit 11,1% genau so hoch war wie Ende 2005!) bereits bis 1965 abgebaut. Dies war nicht zuletzt die Folge radikaler Arbeitszeit-Verkürzungen, die z. B. im Bereich der IGMetall zwischen 1956 und 1966, also innerhalb von zehn Jahren, von 48 auf 40 Stunden reduziert wurden! Danach hat man allerdings einen Fehler gemacht und die 40-Stundenwoche bis 1985, also 19 Jahre lang, praktisch eingefroren. Diese unterlassenen bzw. ungenügenden Anpassungen der Arbeitszeiten an die steigende Produktivität, dürften ein entscheidender Grund für den anschließenden kontinuierlichen Anstieg des Arbeitslosen-Sockels gewesen sein, der in der Grafik mit den gestrichelten Trendlinien markiert ist. Die sich darauf aufsattelnden zwischenzeitlichen steilen Anstiege der Arbeitslosenzahlen waren dagegen jeweils Folgen der Hochzinsphasen um die Jahre 1963, '73, '82 und '92.

Dass die mit den sinkenden Zinsen normalerweise auch wieder fallenden Arbeitslosenzahlen in den letzten zehn Jahren ausblieben, trotz der historisch niedrigen Zinssätze, dürfte verschiedene Gründe haben. Einmal werden die Vorteile sinkender Zinssätze durch die im Übermaß steigenden Geldvermögens- und Schuldenbestände zunehmend neutralisiert. Nach 1991 bzw. 1995 aber spiegeln sich in dem steilen Anstieg der Arbeitslosenzahlen die der Grafik zu entnehmenden hohen Entlassungen im Öffentlichen Dienst wider. Schon in den 1980er Jahren fiel die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst gegenüber derjenigen in der Wirtschaft zurück, aber in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren war das auch absolut der Fall, wie aus der Darstellung überdeutlich hervorgeht.

Die demonstrativen Auftritte führender Politiker bei Firmenschließungen, vor allem in Wahlkampfzeiten, sind darum nichts als Augenwischerei. Und selbst die ständigen Klagen über die leeren Kassen (Klagen, die ja auch für viele Unternehmen gelten!), sind so lange nicht ernst zu nehmen, wie man in der Politik nicht die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklungen stellt, vor allem nicht die Frage, wo das Geld denn eigentlich geblieben ist! Denn ginge man dieser unvorbelastet nach, dann würde sich zeigen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem fast identischen Verlauf vom Anstieg der öffent- » » »

lichen Schulden begleitet wird. Wie der **Darstellung 02** zu entnehmen, gilt das sowohl für die Wiedergabe der Schulden in Milliarden Euro als auch für die Schuldenquote in Prozent des BIP!

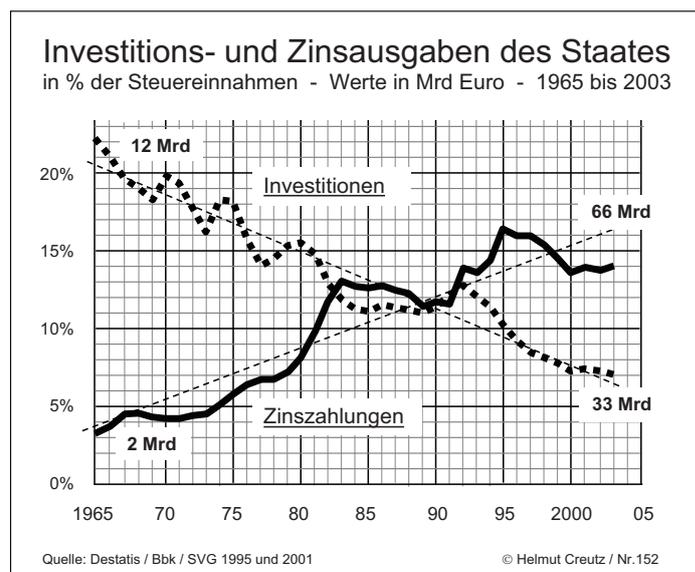


Darstellung 02

Diese seit den 1970er Jahren explosiv steigenden öffentlichen Schulden sind aber letztendlich die Folge politischer Fehlentscheidungen in der Haushaltspolitik. Denn statt sich bei den Ausgaben an den Einnahmen zu orientieren, wie das jeder verantwortliche Hausvorstand macht, schloss man die zunehmenden Löcher in den öffentlichen Kassen durch immer neue Kreditaufnahmen. In Folge dieser Politik stiegen die öffentlichen Schulden von 1970 bis 2005 von 63 auf 1.480 Milliarden Euro an und damit auf das 23-fache! Gemessen an den jährlichen Steuereinnahmen bedeutet das ein Anstieg von 78 auf 307 Prozent und damit auf eine vier Mal so hohe Belastung des laufenden Etats!

Das Problematischste an dieser Verschuldungseskalation der Öffentlichen Haushalte aber ist, dass sie zu nichts nutze war! Denn diese Kreditaufnahmen in Höhe von 1.480 Milliarden wurden nicht für Investitionen oder Löhne ausgegeben, sondern sind in voller Höhe in den Zinsendienst geflossen! Das heißt, sie haben einzig und alleine auf direktem Weg diejenigen in gleicher Höhe reicher gemacht, die bereits über große Geldüberschüsse verfügten und an den Staat ausleihen konnten! Und diese Subventionierung der Reichen über die gezahlten Zinsen ging zu Lasten derjenigen, denen man heute mangelnden Konsum bzw. Rücklagen für das Alter vorwirft!

Bedenkt man, dass die im Gleichschritt mit den Schulden gestiegenen öffentlichen Zinslasten inzwischen mit rund 66 Milliarden Euro p.a. zu Buche schlagen und diese Summe ausreichen würde, um rund zwei Millionen Arbeitnehmer einzustellen, dann schließt sich der Kreis und es wird erkennbar, welche Bedeutung dieser Kostenfaktor Schuldzinsen in Bund, Ländern und Gemeinden für die Beschäftigung hat. Und während die vom Staat finanzierten Investitionen (und damit die Auftragsvergabe und Beschäftigung in der Wirtschaft) in den letzten 40 Jahren von 22 auf 7 Prozent der Steuereinnahmen abgebaut wurden, stiegen die Zinslasten der Öffentlichen Haushalte von 3 auf 14 Prozent dieser Vergleichsgröße an! Siehe auch **Darstellung 03**:



Darstellung 03

Bedenkt man dann noch, dass die Schulden- und Zinslasten in der Wirtschaft drei Mal so hoch sind wie die des Staates, dann lassen sich ebenfalls die Schwierigkeiten ermessen, die sich aus diesen monetären Überentwicklungen für die Unternehmen ergeben. Und das erklärt auch deren Zwangslage, die mit den Schulden steigenden Zinsbelastungen durch Kostensenkungen ausgleichen zu müssen. Gleichgültig ob sie das über Investitionsrückstellungen, Lohnsenkungen oder Entlassungen versuchen, in allen Fällen erhöhen sich die Arbeitslosenzahlen.

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind nicht die Unternehmer, sondern die Politiker. Denn sie sind letztlich auch für die Fehler in unserem Geldsystem zuständig, die uns heute zu solchen immer höheren Verschuldungen zwingen. « « «